



EMBASSY OF SWITZERLAND
IN NIGERIA

VICTORIA ISLAND, LAGOS (Nigeria),

11 Anifowoshe Street
P.O. Box 536 den 20. Januar 1969
Telephone: 25277/25278
Telegram Address: AMBASUISSE

Ref.: 342.0(G) - RE/hm

VERTRAULICH *Kopie prisp an O.J.*

| | | | | | | | |
|-------|---------------|-------|-------|-------|----|--|-----|
| an | GE | RU | GB | NW | BB | | c/a |
| Datum | 28.1. | 29.1. | 30.1. | 30.1. | | | |
| Visa | ge | ru | gb | nw | bb | | |
| EPD | 28. Jan. 1969 | | | | | | |
| Ref. | a. 211. | | | | | | |

Herrn
Botschafter Pierre M i c h e l i
Generalsekretär des
Eidgenössischen Politischen Departements

3003 B e r n

Herr Botschafter,

Am 23. Dezember orientierte ich Sie in einem vertraulichen Kabel via unsere diplomatische Vertretung in Douala über das Gespräch, welches ich im Anschluss an die Ueberreichung meines Beglaubigungsschreiben in Santa Isabel am 21. Dezember 1968 mit dem Staatspräsidenten Aequatorial Guineas Sr. Don Francisco Macias Nguema und dem Aussenminister Don Atanasio Ndongo Miyone gehabt habe. Im Nachgang dazu übermittelte ich dem Departement am 30. Dezember einen von Herrn J. Moreillon vom IKRK abgefassten Bericht über den Ablauf der Ereignisse im Zusammenhang mit dem Verbot der Nachtflüge des IKRK durch die Regierung von Santa Isabel und meine Interventionen bei den Behörden.

Ergänzend zu diesen Mitteilungen möchte ich noch folgendes ausführen:

1) Ich setzte mich bereits anfangs Dezember mit dem Aussenministerium in Santa Isabel zwecks Festsetzung eines Datums für die Ueberreichung des Beglaubigungsschreiben in Verbindung. Als ich keine Antwort erhielt liess ich das Ministerium wissen, dass ich beabsichtige, mich auf alle Fälle in der Woche vom 15. zum 21. Dezember nach Santa Isabel zu begeben, um ein passendes Datum an Ort und Stelle festzulegen. Da sich die gesamte Regierung bis zum 19. Dezember in Bata (Rio Muni) befand, erhielt ich auch darauf keine Antwort. Im Verlaufe des 20. Dezember bekam ich dann die Mitteilung des Protokollchefs, wonach der Staatspräsident mich am Samstag, den 21. Dezember, also am folgenden Tag, um 12 Uhr mittags erwarte. Ich flog hierauf, wie dies übrigens bereits arrangiert war, am folgenden Morgen mit einem kleinen Charterflugzeug nach Santa Isabel, wo ich um 11 Uhr 30 rechtzeitig für die Audienz mit dem Präsidenten eintraf. Ich kleidete mich auf dem Flugplatz um.

./.

Der Kabinetchef des Aussenministeriums, der mich am Flughafen abholte, eröffnete mir, dass die Zeremonie nun eigentlich auf Montag, den 23. Dezember, verschoben worden sei. Als ich aber geltend machte, ich sei speziell mit dem Charterflugzeug für den 21. Dezember nach Santa Isabel geflogen und stehe jetzt bereit, meinte der Kabinetchef, es sei wahrscheinlich doch möglich, dass der Beglaubigungsakt noch gleichentags erfolgen könne. Ich begab mich sofort zum Aussenminister. Dieser bestätigte mir, der Präsident stehe nach 13 Uhr zur Audienz zur Verfügung. Die Zeremonie fand dann ca 13.15 Uhr im Palais des Staatsoberhauptes statt. Dies war ein glücklicher Zufall, denn wenn die Uebergabe des Beglaubigungsschreibens verschoben worden wäre, hätte ich in den folgenden Tagen bei den Behörden gar nichts für das IKRK unternehmen können.

2) Das Gespräch mit dem Staatspräsidenten und dem Aussenminister am 21. Dezember drehte sich ausschliesslich um das Rote Kreuz. Es war ganz offensichtlich, dass die mittels der Luftbrücke von Santa Isabel aus unternommenen Hilfsoperationen des IKRK zugunsten Biafras die Regierung des neuen afrikanischen Staates ausserordentlich beschäftigte, ja beunruhigte. In meiner bei der Ueberreichung des Beglaubigungsschreiben gehaltenen kurzen Ansprache flocht ich einen Dank der Schweiz und ein Kompliment an die Adresse von Aequatorial Guinea ein für das Verständnis und den sehr wertvollen Beitrag, welchen die Regierung durch die Ermöglichung der wichtigen Hilfsaktion des IKRK für die humanitäre Sache leistet. Darauf antwortete der Präsident in seiner Gegenrede sehr bezeichnenderweise, dass die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Aequatorial Guinea und der Schweizerischen Eidgenossenschaft in keiner Weise die Anerkennung irgendeiner internationalen Organisation mit Sitz in Genf impliziere. Aus diesem Grunde hätten die diplomatischen Beziehungen einzig und allein die Aufgabe der Förderung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen.

Wie ich Ihnen bereits meldete, eröffneten mir meine Gesprächspartner, die Regierung sehe sich gezwungen, die bisherige Politik gegenüber dem IKRK zu modifizieren und die Genfer Institution zu veranlassen, die Operationsbasis in Fernando Poo aufzugeben. Als Grund gaben sie innen- und aussenpolitische Schwierigkeiten an. Aequatorial Guinea habe eine eigene sezessionistische Bewegung zu bekämpfen. ~~Durch~~ Die Duldung einer Operationsbasis für die Luftbrücke müsse den Eindruck erwecken, die Regierung begünstige die biafranischen Sezessionisten. Das ermutige die Sezessionisten in Fernando Poo, welche von den auf der Insel niedergelassenen Ibo unterstützt würden, die Separation von Rio Muni zu propagieren und auf eine Trennung hinzuarbeiten. Aus den Darlegungen des Präsidenten konnte ich entnehmen,

dass die Furcht der heutigen Regierung vor den Ibo im eigenen Lande tatsächlich real ist. Die Operationen des IKRK in Santa Isabel zugunsten Biafras gefährden aber auch die guten Beziehungen zu Nigeria und zu gewissen anderen OAU Staaten. Es sei nicht einzusehen, so meinte der Präsident, weshalb das IKRK nicht Lagos oder einen andern nigerianischen Flugplatz als Ausgangspunkt für die Luftbrücke wähle, wie dies die nigerianische Regierung bereits verschiedentlich vorgeschlagen habe. Ebenso gut, wenn nicht besser als Santa Isabel, würde sich nach Auffassung meiner Gesprächspartner z.B. Douala im Kamerun als Ausgangsbasis für die Luftbrücke eignen. Weshalb wähle das IKRK nicht Kamerun?

Im weiteren machte der Präsident geltend, dass die Abmachung über die Benützung vom Hafen und vom Flugplatz in Santa Isabel seinerzeit vom Roten Kreuz mit den spanischen Behörden getroffen wurde. Mit der Regierung der unabhängigen Republik Aequatorial Guineas sei keine Uebereinkunft getroffen worden. Die Regierung verfolge jetzt eine eigene Politik und sei in keiner Weise an die Abmachungen mit Spanien gebunden. Ich erklärte dem Präsidenten, dass ich seinen Standpunkt begreife und auch von Dr. Lindt wisse, dass das IKRK gewillt sei mit Aequatorial Guinea über ein neues Abkommen zu verhandeln. In diesen Verhandlungen könnten bestimmt auch die verschiedenen Angelegenheiten diskutiert und geregelt werden, über die sich die Behörden inbezug auf das IKRK Personal beschwerten.

Schliesslich beklagten sich der Präsident und der Aussenminister darüber, dass sich das Rote Kreuz ganz auf Biafra konzentriere, aber bis jetzt nichts für Aequatorial Guinea getan habe. Einzig die spanische Hafen- und Luftplatzverwaltung, spanische Hoteliers und Geschäftsleute seien Nutzniesser des IKRK.

Während der ganzen Unterredung wurde mir klar, dass es die Regierung darauf abgesehen hat, dem IKRK demnächst die Fazilitäten in Santa Isabel zu entziehen. Jedes andere Thema, das ich im Gespräch aufgriff, weckte kein Interesse. Meine Gesprächspartner waren von den Schwierigkeiten, in die das Land wegen dem IKRK geraten könnte, völlig in den Bann gezogen, und der Präsident geriet darüber gelegentlich in grossen Eifer. Seine Haltung liess nichts Gutes vorausahnen.

3) Ueber die Ereignisse der folgenden Tage wurden Sie durch mein Telegramm, den ausführlichen Bericht Moreillons und die Mitteilungen der Rotkreuz Delegation ins Bild versetzt. Wenn meine Interventionen dazu beigetragen haben, dass das IKRK die Nachtflüge wieder aufnehmen konnte, so war dies doch nur für eine kurze Dauer möglich. Das eigentliche Problem, von der Regierung die Sicherheit für die Weiterführung der Operationsbasis zu erhalten, wurde nicht gelöst. Die Behörden scheuten immer wieder vor Verhandlungen zurück.

4) Nachdem ich inzwischen auch noch die Provinz Rio Muni besucht hatte, empfing mich der Aussenminister am 7. Januar nochmals für ein einstündiges Gespräch. Er legte mir nochmals alle Probleme auseinander, welche die Benützung von Santa Isabel als Operationsbasis für die Biafrahilfe des IKRK für Aequatorial Guinea mit sich brächte. Ich empfand die Haltung dieses gebildeten und sonst aufgeschlossenen Ministers weniger flexibel als bei den früheren Unterredungen. Ich versuchte ihn davon zu überzeugen, mit dem Generalkommissär des Roten Kreuzes Verhandlungen über die Lösung der verschiedenen Probleme des Konfliktes aufzunehmen. Als ich ihn fragte, ob er eine Möglichkeit für eine neue Abmachung mit dem IKRK sehe, wich er der Antwort aus. Ich konnte aus der ganzen Unterhaltung nur den Schluss ziehen, dass sich die Regierung des IKRK entledigen will, möglicherweise entgegen der Auffassung des Aussenministers, der das politische Heu bekanntlich nicht auf der gleichen Bühne wie der Präsident hat. Ich beurteile die Aussichten für die Fortsetzung der Operationen in Fernando Poo für das IKRK eher pessimistisch. Dr. Lindt ist gleicher Meinung.

5) Gewiss gibt es einige "Steine des Anstosses", die zu berechtigten Klagen Anlass geben könnten. Auch einer friedlichen Operationsbasis des IKRK von rund 100 Ausländern haften natürlich Aspekte einer "ausländischen Basis" an, die die Behörden bei den kleinsten Vorkommnissen irritiert. Dazu kommt, dass die Regierung von Santa Isabel keineswegs fest im Sattel sitzt, auf den Druck von Nigeria aus Furcht vor den eigenen Sezessionisten leicht anspricht, in der Innen- und Aussenpolitik noch höchst unsicher ist und deshalb am liebsten allein gelassen werden möchte. Sie ist der Aufgabe des Regierens noch nicht gewachsen und steht in ökonomischer und finanzieller Hinsicht, weil es bis heute zu keiner Regelung mit Spanien gekommen ist, vor grossen Schwierigkeiten. Darum möchte man wenigstens die Verantwortung für die IKRK-Basis loswerden.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter:

F. J. Kessel

✓ Beilagen:

- Ansprache Botschafter Real anlässlich Ueberreichung des Beglaubigungsschreiben
- Ausschnitt aus der Zeitung "EBANO" vom 22. Dezember 1968 mit der Ansprache des Staatspräsidenten Macias